



Kinder müssen vor dem Rauchen geschützt werden

Am 13. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder ohne Tabak)» ab. Die Initiative fordert ein Verbot für jegliche Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Kinder sollen so vor dem frühzeitigen Einstieg ins Rauchen geschützt werden.

Mehr als die Hälfte aller Raucher begann bereits vor dem 18. Lebensjahr mit dem regelmässigen Konsum von Zigaretten. Das ist nicht erstaunlich, zielt die Tabakwerbung doch genau auf diese Altersgruppe. Die Tabaklobby hat ein sehr grosses Interesse an den Kindern, sie schrieb aufgrund meiner Motion im Kantonsrat zum Schutz von Kindern vor E-Zigaretten sämtlichen Kantonsräten einen persönlichen Brief und bekämpfte die Motion. Die Tabaklobby war erfolglos, der Vorstoss wurde sehr deutlich gutgeheissen.

Suchtprävention ist wichtig, denn die gesamtgesellschaftlichen Kosten, die insbesondere durch Abhängigkeiten von Tabak und Alkohol entstehen, sind immens. Jedes Kind soll es wissen – Rauchen ist tödlich. In der Schweiz sterben jedes Jahr rund 9'500 Menschen an den Folgen der Nikotinsucht – das sind zwei Dutzend pro Tag. Das macht knapp 15% aller Todesfälle in der Schweiz aus.

Andere Länder haben das erkannt. Neuseeland will Zigaretten verbannen und zu einem rauchfreien Land werden. Sie möchten den Verkauf von Zigaretten an zukünftige Generationen verbieten. Jugendliche, die bei Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes jünger als 14 Jahre seien, könnten in dem Pazifikstaat niemals legal Tabakprodukte kaufen. Das

Gesetz trägt den Titel "Smokefree 2025 Action Plan" und soll voraussichtlich ab Ende 2022 gelten.

In der Schweiz hat das Parlament mit der verabschiedeten Revision des Tabakproduktegesetzes einen Gegenvorschlag vorgelegt. Trotz der einen oder anderen Verbesserung verzichtet dieser jedoch letztlich auf einen wirklich wirksamen Jugendschutz: Werbung in Gratiszeitungen, an Kiosken, im Internet und damit auf allen Social Media Plattformen sowie an Festivals bleibt weiterhin erlaubt! Also genau dort wo viele Jugendliche unterwegs sind. Die Tabaklobby hat im Parlament leider ganze Arbeit geleistet, wirkungsvoller Jugendschutz geht anders.

Die EVP-Delegiertenversammlung hat sich im November für einen wirksamen Jugendschutz ausgesprochen und einstimmig die Ja-Parole zur Initiative beschlossen.



Jascha Müller
Kantonsrat
EVP St.Gallen

PAROLEN

national

Tierversuchsverbot-Initiative
(einstimmig) **Nein**

Initiative Kinder ohne Tabak
(einstimmig) **Ja**

Abschaffung Stempelabgabe
(einstimmig) **Nein**

Medien-Massnahmenpaket
(einstimmig) **Ja**



OPV 2022 – SAVE THE DATE

Am 30. April 2022 werden wir die ordentliche Parteiversammlung durchführen und sind optimistisch, dass wir sie als Präsenzveranstaltung realisieren können. Wie schon beinahe üblich werden wir sie im Anschluss an die OPV der Kreispartei St.Gallen halten.

Die Einladungen und dazugehörigen Unterlagen werden Anfang April 2022 versendet. Merke dir den Termin am besten jetzt schon vor. Wir freuen uns auf deine Teilnahme.

IMPRESSUM

Herausgeber:
EVP Kanton St. Gallen
www.evp-sg.ch

Kontakt: Timon Hofmänner,
sekretariat@evp-sg.ch

PC 90-219-8
IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp



HERZLICHE EINLADUNG

Timon Hofmänner
Sekretär
EVP Kanton St.Gallen

Forum Leben und Sterben

Die täglichen Todesfallstatistiken in der Coronakrise, aber vielleicht auch persönliche Tragödien, haben uns während der letzten zwei Jahren die Endlichkeit dieses Lebens schmerzlich vor Augen geführt. Und die Gesetzesänderung zur Organspende zeigt symptomatisch auf, dass man die Menschen lieber automatisch zu Organspendern machen möchte, anstatt sie dazu zu bewegen, sich mit der eigenen Sterblichkeit auseinanderzusetzen.

Zu unbequem ist das Thema für Viele. Doch könnte nicht gerade das Bewusstsein der eigenen Sterblichkeit ein grosser Gewinn sein? Könnte es uns helfen, die vielen Nebengeräusche des Lebens zu beseitigen und uns auf das zu konzentrieren, was uns wirklich wichtig ist und was wir einmal hinterlassen möchten, wenn wir nicht mehr da sind?

Und aus christlicher Perspektive ist der Tod nicht das Ende, sondern ganz im Gegenteil: Das Sterben ist der Übergang zum echten Leben in der ewigen Gegenwart der alles erfüllenden Liebe Gottes. Wie formulierte es Paulus? «Denn Christus ist mein Leben, und Sterben ist mein Gewinn» (Philipper 1,21). Wer so etwas schreibt, hat eine tief verwurzelte Hoffnung, die weit über dieses Leben hinausragt.

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit dir über das Leben und Sterben auszutauschen und unseren Blick auf dieses Leben zu schärfen. Darum laden wir dich herzlich ein zum EVP Forum am Samstag, 26. Februar 2022, in Buchs SG. Wir starten um 8:30 Uhr mit einem gemütlichen Zmorgen. Der Anlass ist natürlich kostenlos und dauert bis ca. 12 Uhr.

Melde dich am besten gleich jetzt an unter www.bit.ly/forum2602 oder scanne den QR-Code unten.



Scanne mich mit deinem Smartphone



Der 5er und das Weggli

Die Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert ein bedingungsloses Verbot von Tierversuchen und der Forschung am Menschen. Weil die Initiative zu extrem ist und keine Güterabwägung mehr zulässt, lehnten sowohl National- als auch Ständerat die Initiative einstimmig ab, ebenso die Vorstände der EVP Schweiz und des Kt. St.Gallen.

Tierversuche sind nichts Schönes, weder für das Tier noch für diejenigen, die sie am Tier durchführen. Darum hat die Schweiz bereits heute eines der weltweit strengsten Tierschutzgesetze. Das 3R-Prinzip fordert, dass Tierversuche erst durchgeführt werden, wenn Alternativen wie z.B. Computermodelle oder die Forschung an Zellkulturen nicht zum Ziel führen (replace). Und auch in diesem Fall muss die Zahl der Tiere möglichst klein gehalten werden (reduce). Jedes einzelne Versuchstier muss bewilligt werden. Und schliesslich muss sichergestellt werden, dass die Belastung der Versuchstiere möglichst klein gehalten wird (refine).

Die konsequente Anwendung von 3R wie auch der technologische Fortschritt haben es ermöglicht, die Zahl der Versuchstiere von 2 Millionen (1983) um 72 Prozent auf rund 555'000 (2020) zu reduzieren, Ten-

denz fallend. Von diesen Versuchstieren erleiden über 70 Prozent keine bis leichte Belastungen. Die restlichen entfallen auf mittlere bis schwere Belastungen. Gerade auch dank der Tierversuche in den höchsten Schweregraden konnten bedeutende Fortschritte in der Herzchirurgie erzielt werden. Sie gelangen zudem in der Erforschung von neurodegenerativen Erkrankungen und von Krebstherapien zum Einsatz.

Keine Frage: Ich wünsche mir auch, dass es keine Tierversuche mehr benötigt, aber die Initiative möchte den 5er und das Weggli. Doch wir müssen weiterhin eine sorgfältige Güterabwägung vornehmen können. Die Initiative verhindert das. Darum werde ich ein Nein einlegen.

Timon Hofmänner
Sekretär
EVP Kanton St.Gallen

Quellen: snf.ch / swissuniversities.ch / tv-statistik.ch

Unabhängige Medien sicherstellen

Unser Umfeld wird gerade in den Grundfesten umgestaltet. Die Digitalisierung bringt viele neue Aspekte mit sich, die sich auf alle unsere Lebenssituationen auswirkt. So auch auf die Tageszeitungen, die über viele Jahrzehnte den Dienst der Information übernommen haben. Amtliche Mitteilungen werden publiziert, man nimmt Abschied von Menschen, welche gestorben sind, Vereine können ihre Anlässe bekannt machen und interessante Leseerbriefe werden gedruckt. Durch die Werbeeinnahmen und die Abonnementsbeiträge könnten sich die Zeitungen nicht mehr über Wasser halten, da diese stark rückläufig sind. Sie investieren ihr Geld für Internetwerbung. Heute haben wir die News aus aller Welt augenblicklich auf dem Handy und jederzeit griffbereit.

Die Medienbranche muss sich umgestalten und den neuen, digitalen Gegebenheiten anpassen. Darum will der Bund diese Transformation mit 120 Millionen über die nächsten 7 Jahre unterstützen. Erhalten die unabhängigen Medien keine Unterstützung, werden sie von der Bildfläche verschwinden oder von reichen Mitbürgern aufgekauft, welche dann bestimmen, was gedruckt werden darf und was nicht. Die EVP sagt dazu klar Ja, denn es ist wichtig, dass die Meinungsvielfalt erhalten bleibt.



Ursi Schweizer
Präsidentin
EVP Werdenberg

Ehepaare entlasten, nicht Grosskonzerne

Die Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben will die sogenannte Emissionsabgabe auf die Herausgabe von Wertpapieren (Aktien) ersatzlos streichen. Damit sollen erneut Unternehmen steuerlich entlastet werden und dem Staat entgehen jährliche Einnahmen von rund 250 Millionen Franken. Die Abschaffung der Stempelabgaben geht einher mit weiteren massiven steuerlichen Entlastungen für Unternehmen und Grosskonzerne, während dem die verfassungswidrige Besteuerung von Ehepaaren weiterhin warten soll. Die Delegierten der EVP Schweiz sagten denn auch deutlich Nein zur Abschaffung der Stempelabgabe.

Stempelabgaben werden erhoben auf die Herausgabe von Aktien bei der Gründung oder Kapitalerhöhung von Unternehmen (Emissionsabgabe), dem Handel mit Aktien und bei Versicherungspolizen. Bei der kommenden Abstimmung soll nun die Emissionsabgabe ersatzlos gestrichen werden. Ursprünglich wollte eine Parlamentsmehrheit in drei Schritten alle Stempelabgaben streichen, aufgrund des Drucks durch das Referendum wurden Schritte 2 und 3 vorerst aber mal «sistiert».

Als Erstes gilt es festzuhalten, dass die Finanz- und Versicherungsbranche komplett von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist. Während also Privatperson für jeden Kleiderkauf 7,7% MwSt. bezahlen, sollen bei Finanztransaktionen keine Steuern mehr anfallen. Frankreich und Italien kennen eine Finanztransaktionssteuer und Deutschland eine Kapitalgewinnsteuer. Das wären Gründe für die Aufhebung von Stempelabgaben.

Zweitens wurden Unternehmen und Konzerne in den vergangenen Jahren bereits massiv steuerlich entlastet: Mit der Unternehmenssteuerreform 1 und 2 und zuletzt mit der Steuervorlage (STAF) die zu wesentlichen Steuersatzreduktionen in den Kantonen führte. Das Parlament hat 2021 zudem bereits beschlossen, auch die Verrechnungssteuer auf Zinsen sowie die Industriezölle weitgehend abzuschaffen. Dies führt uns unweigerlich zur Frage, ob es angesichts des Einnahmenausfalls von jährlich 250 Millionen Franken denn tatsächlich nötig ist, die Unternehmen schon wieder steuerlich zu entlasten?

Die Abschaffung der Emissionsabgabe hilft zudem hauptsächlich

den grossen Konzernen. Denn: Kapitaleinlagen oder Kapitalerhöhungen sind bis 1 Million Franken steuerfrei und nur der darüberliegende Betrag muss zu 1 Prozent versteuert werden. Start-ups und KMU mit kleineren Kapitalerhöhungen sind daher kaum betroffen. 2020 bezahlten 55 Grosskonzerne 51 Prozent der Emissionsabgabe. Gerade diese Konzerne müssen aber nicht mehr weiter entlastet werden, da sie schon von zahlreichen Steuererleichterungen profitieren.

Ein Bericht des Eidgenössischen Finanzdepartements (2020) zeigte die Strategie schonungslos auf: «Vorwiegend sollen Einkommen und Konsum besteuert werden»! Und an anderer Stelle heisst es: «Kapital- und Vermögenssteuer sollen reduziert werden». Diese Strategie geht für die EVP nicht auf, denn alle sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ihren Beitrag an den Staatshaushalt leisten und keinesfalls dürfen Konsum und Arbeit noch weiter belastet werden.

Werden dem Staat laufend weitere Gelder entnommen, steigen die Lasten für Privatpersonen, indem Leistungen gestrichen oder Steuern und Abgaben erhöht werden. Und: 2013 stufte der Bundesrat zwei Vorlagen als vordringlich an: Die Reform der Unternehmensbesteuerung sowie die Beseitigung der verfassungswidrigen Mehrbelastung von Ehepaaren (Ehestrafe). Mit der STAF wurden Unternehmen bereits entlastet. Für die EVP ist klar: Jetzt sind die Ehepaare an der Reihe.



Roman Rutz
Generalsekretär
EVP Schweiz

INTERVIEW MIT SIMEON BERTOLDO

Zur Kandidatur als
Kreisrichter SG



Simeon, du kandidierst für das Amt als Kreisrichter im Nebenamt. Was ist deine Motivation?

Simeon Bertoldo: Ich bin 32 Jahre jung und finde es wichtig, dass gerade auch junge Personen am Kreisgericht vertreten sind. Zudem liegt mir eine faire und gerechte Beurteilung einer Situation schon immer am Herzen. Dafür werde ich mich leidenschaftlich einsetzen und mit meiner Kandidatur komme ich dieser Haltung nach.

Gehört ein Christ an ein Gericht und wenn ja, wieso?

Ja, natürlich. Es ist absolut wichtig, dass es an Gerichten Personen hat, die Jesus nachfolgen und gerade in undurchsichtigen Fällen mit Weisheit von oben versorgt werden. Ich bin überzeugt, dass auch in solchen Fällen die relevanten Aussagen hervortreten und zu einem gerechten Urteil führen.

Was befähigt dich Richter im Nebenamt zu werden?

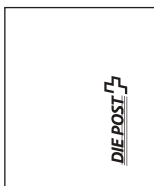
Ich bin zwar kein Jurist, sondern habe Konstrukteur gelernt und arbeite heute als Mesmer in der Kirche Riethüsli. Als Nichtjurist ist es mir wichtig, mich ganz auf das Aktenstudium und die Verhandlung zu konzentrieren, ohne mir schon vorab ein Urteil zu bilden. Gerne setze ich meine Zeit dafür ein, Menschen zu einem fairen Prozess zu verhelfen. Als Mesmer habe ich viel mit Menschen zu tun. Täglich befinde ich mich in Situationen, die ich möglichst objektiv beurteilen und die richtigen Entscheidungen treffen muss.

Hast du genug Zeit, das Amt auszuüben?

Mit meiner Arbeit als Mesmer lässt sich dieses Amt ideal kombinieren. Ich arbeite in einem Pensum von 70 %. Ausserdem finden Verhandlungen an Werktagen statt. Ich arbeite am Wochenende, unter der Woche kann ich die Arbeit einteilen.

Wenn ich wünschen könnte, würde ich mich im Straf- und Familienrecht sehen. Strafrecht, weil ich es absolut interessant finde und mich gerne investieren würde. Familienrecht, weil ich da den Bedarf an zuhörenden und mit Weisheit urteilenden Personen sehe.

Ich würde mich freuen, wenn ihr mir mit eurer Stimme am 13. Februar ermöglichen würdet, dieses Amt ausüben zu können.



30 Minuten gratis parkieren in Wil?

Eine Volksinitiative fordert, dass man in Wil auf öffentlichen Parkplätzen 30 Minuten gratis parkieren kann, um damit das lokale Gewerbe und die Einkaufsstadt Wil zu stärken. Der ohnehin in Schieflage geratenen Stadtkasse würden damit jährlich weitere 600'000 Fr. entzogen. Die vorberatende Kommission unter dem Vorsitz von Roman Rutz (EVP) teilte das Anliegen der Initianten, die Gewerbe- und Einkaufsstadt zu stärken, jedoch nicht die Massnahme, dies mit Gratisparkieren und damit mit noch mehr motorisiertem Automobilverkehr in der Innenstadt zu erreichen. Der Gegenvorschlag möchte nun jährlich 200'000 Fr. zur

Verfügung stellen, mit dem gezielt Aktionen, Veranstaltungen und Vergünstigungen durchgeführt werden können, die tatsächlich dem Gewerbe und den Läden helfen und welche die Menschen in die Einkaufsstadt Wil bringen – wenn möglich mit ÖV und ohne weitere Autos und zusätzlichem Stau am Samstagmittag. Ob dieser Gegenvorschlag gegen die populäre Initiative Chancen hat, zeigt sich bei der Volksabstimmung. Allein schon aus finanzieller Sicht wäre die Initiative für die Stadt Wil eine schwere Hypothek.

Roman Rutz
Alt-Mitglied
Stadtparlament Wil

Klares Ja zu Wattwiler Spitalplänen

Am vergangenen 19. Dezember 2021 hat die Wattwiler Stimmbewölkerung den beiden Vorlagen über den Kauf der Spitalliegenschaft sowie der Gründung und Finanzierung einer gemeindeeigenen Immobiliengesellschaft deutlich zugestimmt.

Mit einem Ja-Anteil von 96,1% sprachen die Stimmberechtigten 15 Millionen Franken für den Erwerb sowie die Gründung und Finanzierung einer gemeindeeigenen Gesellschaft (AG). Mit 93,7% wurde zudem einem rückzahlbaren Darlehen an die zu gründende gemeindeeigene Immobiliengesellschaft in Höhe

von 20 Millionen Franken ebenfalls klar zugestimmt. Dieses Geld soll für den bedarfsgerechten weiteren Ausbau verwendet werden.

Mit 47,6% war die Stimmbeteiligung für eine kommunale Abstimmung und zudem noch kurz vor Weihnachten sehr hoch. Für den Wattwiler Gemeinderat ist das Ergebnis daher sehr erfreulich und Bestätigung sowie zugleich auch Auftrag zur weiteren Umsetzung der geplanten Nachfolgelösung für das Spital.

Urs Knecht
Präsident
Wahlkreis Toggenburg